

# Antworten Die Linke NRW

## 1. Wohnen ist ein Menschen- und Bürgerrecht

**MieterForum Ruhr:** *Alle Menschen haben ein Recht auf eine angemessene Versorgung mit sicheren, bedarfsgerechten und bezahlbaren Wohnungen und auf ein Höchstmaß an Selbst- und Mitbestimmung in ihrer unmittelbaren Lebenswelt. In der nächsten Wahlperiode könnten die wohnungspolitischen Auseinandersetzungen jedoch stark von den Verpflichtungen auf die sogenannte „Schuldenbremse“ bestimmt sein.*

*Wie stehen Sie zur verbindlichen Verankerung des „Rechts auf Wohnen“ und wie kann dies erreicht werden?*

**Antwort:** DIE LINKE. NRW sagt: Wohnen ist ein Menschenrecht. Ohne eine gute und sichere Wohnung, die den heutigen Anforderungen genügt und bezahlbar ist, gibt es kein menschenwürdiges Leben. Aber Wohnen ist auch mehr als ein Dach über dem Kopf. Das Recht auf Wohnen schließt das Recht auf eine gesunde Wohnumwelt, auf soziale Nachbarschaften und Stadtteile, auf Zugang zu öffentlichen Einrichtungen und auf Teilhabe an der Stadt ein.

Ohne eine soziale Wohnraumversorgung als Teil einer solidarischen Stadtentwicklung werden große Teile der Bevölkerung von der Gesellschaft ausgeschlossen. Deshalb ist eine öffentliche und soziale Wohnungspolitik eine unverzichtbare Pflicht und Kernaufgabe des Staates, die nicht unter Finanzierungsvorbehalt gestellt werden darf.

Daher fordert DIE LINKE. NRW auch die Verankerung eines einklagbaren Rechts auf Wohnraum in der Landesverfassung. Dies würde das Land verpflichten, die Mittel für eine gerechte Wohnraumversorgung für Alle auf Dauer bereit zu halten. Sie würde dazu führen, dass NRW seine wohnungspolitischen Maßnahmen an den Bedürfnissen der Menschen und nicht an Profiten ausrichtet.

## 2. Wohnen braucht Sicherheit

**MieterForum Ruhr:** *Das Recht der Menschen auf einen sicheren Platz zum Leben wird in unserer Gesellschaft immer wieder gefährdet durch Umwandlung in Eigentumswohnungen und Privatisierungen, durch Verdrängung aufgrund von hohen Mietsteigerungen, Wohnungsverfall oder städtebauliche Großprojekte. Die seit kurzem geltende Kündigungssperrfristverordnung des Landes ist weit hinter den Erwartungen zurück geblieben. Die Bundesregierung plant zudem einschneidende Veränderungen des Mietrechts zu Lasten der Mieter. Mieter besitzen gegenüber Entscheidungen von Wohnungsunternehmen – auch kommunalen – fast keine Mitbestimmungsrechte.*

*Was wollen Sie tun, um den Kündigungsschutz auch für umwandlungsbetroffene Mieter in den Industriestädten an Ruhr und Wupper zu verbessern?*

**Antwort:** Die Landesregierung hat den Kündigungsschutz der Mieter/innen im Falle der Umwandlung ihrer Mietwohnung in eine Eigentumswohnung in einigen Kommunen auf fünf oder acht Jahre verlängert (Kündigungssperrfristverordnung). Wir LINKEN meinen:

Da ist mehr möglich und erforderlich. Wir verlangen, dass der bessere Kündigungsschutz in mehr Kommunen greifen und möglichst zehn Jahre gelten soll.

**MieterForum Ruhr:** Welche Verbesserungen des Mieterschutzes, z. B. bei der Durchsetzung von energetischen Mindeststandards oder beim Kündigungsschutz halten Sie für erforderlich und was wollen Sie tun, um diese Ziele umzusetzen?

**Antwort:** Die energetische Sanierung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Vermieter/innen, Mieter/innen und die öffentliche Hand müssen diese Aufgabe gemeinsam bewältigen. Die Miete sollte aber nach der Sanierung für alle bezahlbar bleiben. Dazu müssen die Möglichkeiten der Vermieter/innen reduziert werden, die Kosten der Gebäudesanierung durch Mieterhöhungen auf die Mieter/innen abzuwälzen, und die öffentliche Hand sollte durch direkte Förderung und durch eine einkommensunabhängig ausgestaltete steuerliche Förderung zur Verringerung der Belastung für Mieter/innen und Vermieter/innen beitragen.

DIE LINKE meint: Zur Vermeidung von Obdachlosigkeit ist eine ersatzlose Räumung der Wohnung nach Kündigung nicht zulässig.

**MieterForum Ruhr:** Was wollen Sie tun, um die Informations- und Mitbestimmungsrechte sowie Mitwirkungsmöglichkeiten der Mieter zu ihren Wohnungen und ihrem Wohnumfeld zu verbessern?

DIE LINKE. NRW will, dass die Einwohnerinnen und Einwohner entscheiden, denn in einer emanzipatorischen Stadt- und Regionalentwicklung sollen sie das letzte Wort haben – Aktivierung und Beteiligung gerade der Benachteiligten und Ausgegrenzten werden von der LINKEN. NRW daher groß geschrieben.

Die bisherigen Bilanzen zeigen, dass die bisher üblicherweise angebotenen Beteiligungsmöglichkeiten von der Bevölkerung nur in geringem Maße oder gar nicht genutzt werden. Die jetzigen ‚Bürgerversammlungen‘ sind allzu oft Treffen der Mittelschichten, die dort vor allem ihre Interessen zu Gehör bringen. Eine solidarische Stadt- und Regionalentwicklung kann jedoch nur erfolgreich sein, wenn sie von allen Menschen gemeinsam aktiv gestaltet wird.

DIE LINKE. NRW fordert:

- Als Voraussetzung für das Engagement der Menschen die Sicherheit, längerfristig in der Wohnung bleiben zu können, und tatsächliche Verfügungsrechte der Bewohnerinnen und Bewohner über die Wohnung und ihr Umfeld.
- Alle Formen, die der kritischen und solidarischen Stadtöffentlichkeit Einfluss auf die Entwicklung der Stadt ermöglichen, zu unterstützen. Dabei können wir uns viele Modelle vorstellen: Ob Anwaltsplanung, Planerzellen oder in manchen Fällen auch weiterhin eine herkömmliche Bürgerversammlung.

### 3. Wohnungen dürfen keine Spekulationsobjekte sein

**MieterForum Ruhr:** *In der letzten Wahlperiode hat der Landtag einstimmig die „Enquetekommission wohnungswirtschaftlicher Wandel und neuen Finanzinvestoren in NRW“ eingesetzt. Sie hat gefährliche Entwicklungen analysiert, konnte aber ihre Aufgabe, die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen, noch nicht erfüllen. In der letzten Zeit kommt es wieder zu einem verstärkten Handel mit Wohnimmobilien, auch mit Wohnungspaketen der öffentlichen Hand. Schätzungsweise 320.000 Wohnungen in NRW befinden sich in der Hand von Finanzinvestoren. In zahlreichen Siedlungen sind die Mieterinnen und Mieter mit mangelnder Instandhaltung und steigenden Mieten konfrontiert. Zudem befinden sich kommunale Wohnungsunternehmen unter dem verschärften Druck der defizitären Kommunen.*

*Wie soll die Arbeit der Enquetekommission fortgeführt und in konkrete politische Handlungsansätze münden?*

**Antwort:** Die Enquete-Kommission hat in ihrer bisherigen Arbeit vor allem die aktuelle Situation analysiert. Die Ergebnisse liegen zu einem Großteil vor. Nun kommt es darauf an, aus den Erkenntnissen sinnvolle Handlungsmöglichkeiten abzuleiten. Es ist daher wichtig, die Enquete-Kommission "Wohnungswirtschaftlicher Wandel und neue Finanzinvestoren auf den Wohnungsmärkten in NRW" fortzusetzen und die begonnene Arbeit zu vollenden.

Es müssen konkrete Eingriffsmöglichkeiten erarbeitet und dem weiteren Verfall der Siedlungen durch zwischen Mieterinnen und Mietern, ihren Verbänden und den Kommunen abgestimmten Maßnahmen entgegenwirkt werden. Um dies zu ermöglichen, hält es DIE LINKE. NRW für notwendig, die Enquete-Kommission öffentlich fortzuführen und die bisherigen Ergebnisse zugänglich zu machen.

Die zu erarbeitenden Handlungsansätze müssen, um den Problemen gerecht zu werden, mehrere administrative Ebenen einbeziehen. Zu entwickeln sind effektive Instrumente, um die Rechte der Mieterinnen und Mieter besser durchsetzen zu können und die Steuerungsmöglichkeiten der Kommunen zu verbessern.

Dabei kommt es für DIE LINKE. NRW darauf an, dass nicht nur Symptom-Bekämpfung stattfindet. Grundsätzliche Probleme, wie die zunehmende Bedeutung von Finanzinvestoren für die Wohnungsmärkte und die weitere Privatisierung von Wohnungsbeständen, dürfen nicht ausgeklammert werden. Für grundsätzliche Probleme müssen grundsätzliche Handlungsvorschläge erarbeitet werden.

**MieterForum Ruhr:** *Welche weiteren Maßnahmen planen Sie um den Problemkomplex der Wohnungsverkäufe, Problemimmobilien und vernachlässigten Siedlungen zu bearbeiten?*

**Antwort:** DIE LINKE. NRW wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass keine weiteren Privatisierungen und Verkäufe an Finanzinvestoren stattfinden. Mieterinnen und Mieter sowie ihre Vertretungen müssen stets umfassend informiert und in alle Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Gemeinsam mit Beschäftigten, Mieterinnen und Mietern sowie den Kommunen sind Lösungen zu entwickeln, die Wohnungsbestände dauerhaft in einem sozial verantwortlichen und regional verankerten Wohnungsunternehmen unter demokratischer Kontrolle zu halten.

Darüber hinaus müssen die Entwicklungen im Wohnungsbestand der Private Equity Fonds und anderer Finanzinvestoren genau beobachtet werden. Da die tatsächlichen Probleme in den Siedlungen und Wohnungsbeständen vor Ort sichtbar werden, ist eine gut aufgestellte kommunale Wohnungsaufsicht und eine entsprechende Wohnungsmarktbeobachtung von großer Bedeutung.

Durch eine Bundesratsinitiative zur Schaffung eines Regelwerks mit Mindestanforderungen an die Wohnungswirtschaft sollten Fondsgesellschaften gezwungen werden, eine erträgliche Wohnungsbewirtschaftung zu betreiben. Dazu erforderlich sind Eigenkapitalregelungen sowie die Verpflichtung zur Zahlung eines Teils der Mieteinnahmen in einen unternehmensbezogenen Instandhaltungsfonds, der öffentlich kontrolliert und mieterInnenmitbestimmt wird.

Auf längere Sicht müssen Wege gefunden werden, um Wohnungsbestände und Siedlungen in gemeinnützige und demokratische Wohnungsunternehmen zu überführen. Nur so lassen sich letztlich Auswüchse auf den Wohnungsmärkten, wie sie bei den Beständen von Finanzinvestoren auftreten, dauerhaft vermeiden.

#### **4. Wohnungen/Siedlungen erhalten und bedarfsgerecht erneuern**

***MieterForum Ruhr:** In NRW, und besonders im Ruhrgebiet, besteht ein hoher Nachholbedarf bei der Instandsetzung und Erneuerung der Wohnungsbestände und Wohnquartiere. Einige „Wohnungsheuschrecken“ befinden sich mit ihren Wohnungsbeständen in der Abwicklung. Die kommunale Wohnungsaufsicht ist mit der Durchsetzung erforderlicher Maßnahmen oft überfordert.*

*Was wollen Sie tun, um alle Kommunen – auch die stark verschuldeten – dazu zu befähigen, eine angemessene Wohnungsaufsicht zu betreiben und in erforderlichen Fällen auch mit Anordnungen und Ersatzvornahmen vorzugehen?*

*Unterstützen Sie unsere Forderung nach einer quartiersorientierten Wohnungsaufsicht als vom Land gegenfinanzierte lokale Pflichtaufgabe?*

**Antwort:** Die kommunale Wohnungsaufsicht sollte eine Pflichtaufgabe werden. Die Zwangsmaßnahmen gegen Vermieterinnen und Vermieter sollten genauer gefasst und verschärft werden, um das Gesetz anwendbar zu machen. Die Mittel für die Wahrnehmung der Aufgaben können zum Teil aus der Anwendung der Bußgeldvorschriften bei Regelverstößen der Eigentümerinnen und Eigentümer aufgebracht werden; den anderen Teil der erforderlichen Mittel muss das Land den Kommunen zur Verfügung stellen.

DIE LINKE unterstützt also die Forderung nach einer quartiersorientierten Wohnungsaufsicht als vom Land gegenfinanzierte lokale Pflichtaufgabe.

***MieterForum Ruhr:** Werden Sie die finanziellen und institutionellen Voraussetzungen dafür schaffen, dass stark vernachlässigte Wohnungsbestände, die sich im Eigentum zahlungs- und handlungsunfähiger Anlagestrukturen befinden, von gemeinwohlorientierten Eigentümern übernommen und saniert werden können?*

**Antwort:** DIE LINKE. NRW strebt den Aufbau einer ‚Neue Wohnungsgemeinnützigkeit‘ an. Diese ‚Neue Gemeinnützigkeit‘ würde von einem Netzwerk nicht-profitorientierter Wohnungsunternehmen gebildet. Es sollte auf Quartiers- und Unternehmensebene mietermitbestimmt sein und bei der Vergabe öffentlicher Mittel Vorrang genießen. Diese neuen gemeinnützigen Unternehmen sollten auch in die Lage versetzt werden, zahlungs- oder handlungsunfähige Wohnungsbestandsgesellschaften zu übernehmen. Zu diesem Zweck sollte das Land NRW ein Programm zur Stärkung ihrer Eigenkapitalbasis auflegen.

## 5. Finanzierung einer bedarfsgerechten sozialen Wohnraumversorgung

**MieterForum Ruhr:** Die soziale Wohnraumförderung ist auf Dauer unverzichtbar. Ihre wichtigste Quelle ist der revolving Fonds des ehemaligen Wohnungsbausondervermögens, das zum haftenden Eigenkapital der NRW-Bank zweckentfremdet wurde. Sollte er nicht vor Begehrlichkeiten Anderer wirksam gesichert werden, droht ein Raubbau an dem wichtigsten Kapitalstock für die Sicherung der Wohnraumversorgung der Zukunft. Schon jetzt ist die Wohnraumförderung in NRW unterfinanziert im Vergleich zu dem, was noch vor den letzten Landtagswahlen alle Parteien gefordert haben.

Wie wollen Sie das ehemalige Wohnungsbauvermögen für seine Zweckbestimmung sichern?

**Antwort:** Für DIE LINKE. steht fest: Zur sozialen Wohnraumförderung bedarf es eines dauerhaften Mitteleinsatzes; und dieses Geld muss unabhängig von der Lage auf den Kapitalmärkten und der Situation des Landeshaushaltes zur Verfügung stehen.

Wir werden daher darauf achten, dass die Wohnraumförderung keiner Fördermittelkonkurrenz zu anderen Geschäften der NRW.BANK unterliegt und dass die aus dem System der Wohnraumförderung entstehenden Finanzierungsmittel revolving wieder für Zwecke der Wohnraumförderung eingesetzt werden können.

Wir fordern, den Primat der Politik in der Förderung durchzusetzen und die soziale Wohnraumförderung der politischen Steuerung und Kontrolle zu unterstellen. Hierzu ist es erforderlich, die Kontrolle der NRW.BANK durch den Landtag und den Landesrechnungshof sicherstellen

**MieterForum Ruhr:** Welchen Umfang und welche Ausrichtung der Wohnraumförderung wollen Sie in der Wahlperiode erreichen?

**Antwort:** DIE LINKE. unterstützt die erfolgte Neuausrichtung der sozialen Wohnraumförderung: Jetzt fließt mehr Geld in den Mietwohnungsbau statt in die Eigenheimförderung. Und das Geld wird nicht mehr – wie noch zu Zeiten der CDU-FDP-Regierung – mit der Gießkanne übers Land verteilt, sondern dort eingesetzt, wo der Wohnungsmangel am größten ist.

Der Richtungswechsel bleibt aber halbherzig, solange die Landesregierung für die soziale Wohnungspolitik nicht mehr Geld in die Hand nimmt. Unter Ministerpräsident

## *DIE LINKE NRW*

### *Antworten auf die MieterForum Ruhr Wahlprüfsteine zur NRW-Landtagswahl 2012*

Rüttgers (CDU) sind in 2010 in NRW noch 1 Milliarden Euro für die soziale Wohnraumförderung zur Verfügung gestellt worden, unter Ministerpräsidentin Kraft (SPD) sind es in 2011 nur noch 800 Millionen Euro gewesen. Dass die Landesregierung zuletzt auch dem Druck der LINKEN nachgegeben hat und die Fördermittel in 2012 auf 850 Millionen Euro erhöht hat, ist ein Schritt in die richtige Richtung gewesen, reicht aber nicht aus. DIE LINKE NRW fordert daher jährlich 1 Milliarde Euro für die soziale Wohnraumförderung

***MieterForum Ruhr:*** *Wie wollen Sie die Steuerung des Mitteleinsatzes verbessern, z.B. über Anforderungen an kommunale Wohnkonzepte?*

**Antwort:** Die soziale Wohnraumförderung muss heute auf stark unterschiedlichen Märkten eingreifen. Die Herausforderungen sind außerdem wegen der Anforderungen des Klimaschutzes, des demographischen Wandels, sozialer Umschichtungen und der vielfältiger gewordenen Lebenslagen und Lebensweisen vielschichtiger denn je. Hinzu kommt, dass dem sozialen Mietwohnungsbau mit der Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit, dem Ende der werksverbundenen Wohnungsunternehmen und dem Ausverkauf öffentlicher Unternehmen ein großer Teil der Bauträger abhanden gekommen ist. Dem muss Rechnung getragen werden, wenn die soziale Wohnraumförderung Wirkungen für die Deckung der Wohnbedürfnisse, die Verbesserung der Wohnungsqualitäten, die Arbeitsmärkte und die Stabilisierung des sozialen Zusammenhalts entfalten soll.

Grundlage für die Verteilung von Fördermitteln auf die Regionen und Kommunen sollten deshalb, neben quantitativen Bedarfsanalysen, qualifizierte kommunale Wohnraumversorgungskonzepte sein.

***MieterForum Ruhr:*** *Wie wollen Sie erreichen, dass auch privates Kapital für nachhaltige Investitionen in eine gemeinwohlorientierte Wohnungswirtschaft mobilisiert wird?*

**Antwort:** Auch in das Konzept einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit können private Anleger einbezogen werden. Ein gutes Beispiel hierfür ist die österreichische Wohnungsbauanleihe. Nach diesem Modell können mit der Anlagedauer die Zinssätze steigen. Diese Anlageform wäre jedoch uninteressant für Anleger, die zweistellige Zinserträge durch den Einsatz von Wagniskapital anstreben. Statt dessen wäre sie interessant für private Sparer und alle Institutionen, die auf eine sichere Anlageform in Verbindung mit „ethischem Investment“ setzen. Zusätzliche Anreize könnte eine steuerliche Anerkennung der Anlage im Sinne der zweckgebundenen Verwendung für den gemeinnützigen Wohnungsbau bieten, wonach die Zinserträge hieraus steuerfrei bleiben könnten. Im Interesse der demokratischen Kontrolle und Transparenz sollten ausschließlich öffentliche Banken und Genossenschaftsbanken zur Ausgabe der Wohnungsbauanleihen berechtigt sein.

Da unser Modell der neuen Gemeinnützigkeit ein Ende der Sozial- und Mietpreisbindung ausschließt, werden unabhängig von der Wohnungsbauanleihe vorrangig öffentliche Wohnungsunternehmen und im privaten Bereich allenfalls Akteur/innen der gemeinschaftlichen Selbsthilfe und Wohnungsgenossenschaften Interesse an

umfangreicheren Direktinvestitionen in diesem Bereich haben, nicht jedoch renditeorientierte kapitalistische Wohnungsunternehmen.

## 6. Wohnkostenexplosion und Verdrängung verhindern

**MieterForum Ruhr:** *In den Wachstumsregionen des Landes kommt es in Folge des Wohnungsmangels zu Mietenexplosionen und Verdrängungen. Das bestehende Mietrecht erlaubt den Wohnungseigentümern und Wohnraumspekulanten unter diesen Bedingungen hohe leistungslose Gewinne zu Lasten der Mieter und der Gesellschaft. In anderen Fällen führt die Umlage hoher Modernisierungskosten auf die Mieten zu Kostenüberlastungen und Verdrängungen.*

*Welche Maßnahmen zur Begrenzung des Mietenanstiegs in Wachstumsregionen wollen Sie ergreifen?*

**Antwort:** DIE LINKE fordert, flächendeckend qualifizierte Mietspiegel sowie Betriebs- und Heizkostenspiegel einzuführen. Die Erstellung soll auf einheitlicher Grundlage erfolgen. Die ortsübliche Vergleichsmiete soll in einem transparenten und für alle Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbaren Verfahren auf der Grundlage aller Bestandsmieten gebildet.

Die Erhöhung der Nettokaltmiete bei bestehenden Mietverhältnissen und bei Neuvermietung soll an die Verbesserung des bisherigen Wohnstandards gekoppelt. Ohne wohnwertverbessernde Maßnahmen sollen Mieterhöhungen nur im Rahmen des Inflationsausgleiches zulässig sein.

Die höchstmögliche Umlage der Modernisierungskosten auf die Miete soll auf 5 Prozent begrenzt werden.

Wir fordern zudem die Wiedereinführung einer Mietpreisbindung in Gebieten mit erhöhtem Wohnungsbedarf und stark steigenden Mieten. Eine Verordnung zur Verbesserung der Anwendung von § 5 Wirtschaftsstrafgesetz (WiStG) könnte diese Bestimmung wieder zu einem wirkungsvollen Instrument zur Begrenzung des Mietenanstiegs machen.

**MieterForum Ruhr:** *Wie wollen Sie die energetische Modernisierung des Wohnungsbestandes ausgestalten, damit es durch die Kosten nicht zu einer Überlastung der Mieter kommt? Würden Sie eine Streichung des § 559 BGB zur Modernisierungs-Mieterhöhung im Rahmen einer Bundesratsinitiative unterstützen?*

**Antwort:** Die energetische Sanierung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Vermieter/innen, Mieter/innen und die öffentliche Hand müssen diese Aufgabe gemeinsam bewältigen. Die Miete sollte aber nach der Sanierung für alle bezahlbar bleiben. Dazu müssen die Möglichkeiten der Vermieter/innen reduziert werden, die Kosten der Gebäudesanierung durch Mieterhöhungen auf die Mieter/innen abzuwälzen, und die öffentliche Hand sollte durch direkte Förderung und durch eine einkommensunabhängig ausgestaltete steuerliche Förderung zur Verringerung der Belastung für Mieter/innen und Vermieter/innen beitragen.

## 7. Rechte der SGB II/SGB XII Bezieher stärken

**MieterForum Ruhr:** Aufgrund der Haushaltslage vieler Kommunen kommt es zu einem verschärften Druck im Sinne einer Absenkung der Unterkunftskosten. In die gleiche Richtung wirkt, dass das Land bis heute eine Anpassung seiner Empfehlungen für die „angemessenen“ Wohnungsgrößen an die Rechtsprechung verweigert (z. B. 50 m<sup>2</sup> für einen 1-Personen-Haushalt). Diese Tendenz würde durch ein kommunales Satzungsrecht zur Definition der Wohnungsstandards oder gar zu Pauschalierung der Heizkosten unmittelbar verschärfen. Zugleich wird Leistungsempfänger/-innen vielfach der Zugang zu energetisch modernisierten Wohnungen (mit geringeren Heizkosten) verwehrt, weil deren Mietpreise über den Angemessenheitsgrenzen liegen.

Werden Sie kommunalen Satzungsermächtigungen zur Bestimmung der Angemessenheit der Unterkunftskosten und zur Festsetzung von Pauschalen eine Absage erteilen?

**Antwort:** Ja. DIE LINKE lehnt eine kommunale Satzungsermächtigung zur Bestimmung der Angemessenheit der Unterkunftskosten und zur Festsetzung von Pauschalen vollständig ab. Bereits in der 15. Legislaturperiode hat sich die LINKE mehrfach gegen derartige Pläne gewendet (Drs. 15/468 und 15/1911). Die kommunalen Haushalte dürfen nicht durch Leistungseinschränkungen auf Kosten der Bürger/innen saniert werden. Notwendig ist stattdessen eine Erhöhung der kommunalen Einnahmen durch Einführung einer Millionärsteuer und eine steuerliche Umverteilung von oben nach unten.

**MieterForum Ruhr:** Setzen Sie sich dafür ein, die Landesempfehlungen zur Berücksichtigung der Wohnungsgrößen bei der Ermittlung der Angemessenheitsgrenzen der bestehenden Rechtsprechung, d.h. den Wohnraumnutzungsbestimmungen, anzupassen?

**Antwort:** Ja. Als einzige Fraktion im Landtag NRW hat DIE LINKE die Landesregierung aufgefordert, dass das Land NRW seine Empfehlungen gegenüber den Kommunen an die geltende Rechtsprechung und damit an die Wohnraumnutzungsbestimmungen anpasst. Dieser Antrag (Drs. 15/1911) wurde von allen anderen Fraktionen abgelehnt. DIE LINKE wird hier aber auch weiterhin nicht locker lassen.

**MieterForum Ruhr:** Werden Sie Initiativen ergreifen, um SGB-Mietern den Zugang zu energetisch modernisierten Wohnungen zu erleichtern, z.B. durch Empfehlungen des Landes?

Ja. Denn die höhere Miete wird durch die geringeren Energiekosten kompensiert, sodass am Ende die zu übernehmende Gesamtmiete nicht höher ausfällt als bei unsanierten Gebäuden. Dabei sollte aber auch geregelt werden, wie seitens der Vermieter/innen nachgewiesen werden kann, dass die Heizkosten tatsächlich in besonderer Höhe niedriger sind und zum Beispiel nicht etwa auf zu gering kalkulierten Vorauszahlungen basieren.

In diesem Kontext ist auch daran zu erinnern, dass das Problem der Energiearmut, also einer exorbitanten Kostensteigerung der Stromnutzung, immer mehr einkommensarme



*DIE LINKE NRW*

*Antworten auf die MieterForum Ruhr Wahlprüfsteine zur NRW-Landtagswahl 2012*

Menschen betrifft. Die Anzahl der Stromsperrungen durch die Energiekonzerne steigt massiv. DIE LINKE setzt sich hier unter anderem für eine kostenfreie Grundmenge für die Verbraucher/innen ein – nicht nur für SGB-Mieter/innen, sondern für alle einkommensarmen Mieter/innen.

**Absender:** DIE LINKE NRW <http://www.dielinke-nrw.de/>

*Aufbereitung/Formatierung der Antwort durch MieterForum Ruhr 09.05.2012 (ts)*